

An den
 Vorsitzenden des Ausschusses
 Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen
 Herrn Michael Zimmermann

Rathaus · 50667 Köln
 Fon 0221. 221-23830
 Fax 0221. 221-23833
 FDP-Fraktion@Stadt-Koeln.de
 www.FDP-Koeln.de

Herrn
 Oberbürgermeister Fritz Schramma

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 27.01.2009

AN/0013/2009

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen	02.02.2009

Aufenthaltsbeendende Maßnahmen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
 sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die FDP-Fraktion bittet, folgende Anfrage auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen aufzunehmen.

In den Kölner Medien wurde Ende des Jahres 2008 über eine illegal eingereiste und bislang geduldete Familie berichtet, bei der die Kölner Ausländerbehörde aufenthaltsbeendende Maßnahmen einleiten würde, wenn sie nicht freiwillig in ihr Heimatland zurückkehrt. Das Familienoberhaupt hatte selbst einen Antrag auf finanzielle Rückkehrhilfen gestellt, ist aber an die Öffentlichkeit gegangen, um eine weitere Duldung vom Kölner Ausländeramt zu erhalten.

In diesem Zusammenhang bitten wir die Verwaltung um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie war die Rechtslage in dem genannten Fall und wie hat er sich weiter entwickelt?
2. Bei wie viel Personen hat die Kölner Ausländerbehörde in den Jahren 1999 bis 2008 jeweils aufenthaltsbeendende Maßnahmen eingeleitet?
3. Wie viele Personen sind nach Einleitung der Maßnahmen tatsächlich in den Jahren 1999 bis 2008 jeweils ausgereist?

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dietmar Repgen
 Stv. Fraktionsvorsitzender